

eigenen Ländern beginnen. So war es in Deutschland nach dem Machtantritt Hitlers. Diesen unrühmlichen Weg gehen heute die militaristischen und revanchistischen Kreise in der westdeutschen Bundesrepublik mit der forcierten Annahme der Notstandsgesetzgebung, die mit den elementaren Prinzipien der Demokratie, mit den Grundrechten und -freiheiten des Menschen unvereinbar ist. Niemand kann gegenüber dem in Griechenland wütenden Terror gleichgültig bleiben. Die Machtergreifung durch die monarcho-faschistische Junta war gekennzeichnet durch Massenrepressalien, durch das Verbot der Tätigkeit der verschiedenen demokratischen Parteien und anderer Organisationen, durch die völlige Mißachtung der elementaren Rechte und Freiheiten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, für die seinerzeit auch Griechenland gestimmt hat, verkündet werden.

Die Kräfte der Reaktion unternehmen verzweifelte Versuche, um die wachsende Bewegung der durch den Imperialismus unterdrückten und versklavten Völker für ihre soziale Befreiung aufzuhalten. Aber diese Versuche sind vergeblich. Der Kampf der Völker für demokratische Rechte und Freiheiten des Menschen, für den sozialen Fortschritt breitet sich mit jedem Tage mehr aus. Das Internationale Jahr der Menschenrechte wird zweifellos einem neuen Aufschwung dieses Kampfes dienen, der durch den vollständigen Sieg der Kräfte der Demokratie, durch den Triumph der hohen Prinzipien des Humanismus, des Rechts und der Gerechtigkeit gekrönt werden wird.

Bibliographie*

Dokumente

Erklärung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik (9. Sitzung). ND (B) vom 23. 6. 1968, S. 1 u. 3

Zu den Gesetzen über die gesellschaftlichen Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik, Eintragung und Tilgung im Strafregister der DDR, Anpassung von Strafbestimmungen und Ordnungsstrafbestimmungen, Einweisung in stationäre Einrichtungen für psychisch Kranke, Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei (Aus den Begründungen des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, des Ministers der Justiz, Dr. Kurt Wünsche, des Stellvertreters des Ministers für Gesundheitswesen, Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, und des Ministers des Innern, Generaloberst F. Dickel. Aus Berichterstattungen des Verfassungs- und Rechtsausschusses, des Ausschusses für Gesundheitswesen und des Ausschusses für Nationale Verteidigung). Sozialistische Demokratie vom 21. 6. 1968, Beilage, S. 17-25

Stoph, W.: Neue Probleme des Planungssystems und der Bilanzierung sowie der Eigenverantwortung der Betriebe. Sozialistische Demokratie vom 14. 6. 1968, Beilage, S. 1—28; Die Wirtschaft vom 14. 6. 1968, Beilage, S. 3—19; Staat und Recht, 1968, H. 7/8, S. 1061-1096

Aus der Diskussion zur Rede des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph. Sozialistische Demokratie vom 14. 6. 1968, Beilage, S. 29-39; Die Wirtschaft vom 14.6.1968, Beilage, S. 20-37

* Staats- und rechtswissenschaftliche Literatur der DDR. - Bücher und Broschüren können unter der angegebenen Signatur bei der Bibliothek der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ ausgeliehen werden.